

Ausschüsse der Volkskammer berieten

Weg zur Einheit muß sozial verträglich sein

Berlin (ND-Staude, Loke). Die DDR-Regierung ist im Zugzwang. Das zeigt auch die Ausführungen von Wirtschaftsministerin Prof. Dr. Christa Luft am Montag vor dem Volkskammerausschuß für Industrie, Bauwesen und Verkehr. Der politische Druck zur Einheit Deutschlands verändert die logische Reihenfolge des Vorgehens. Sie erwartet den Abschluß einer Vereinbarung zur Währungs- und Wirtschaftsunion mit der BRD und damit die Einführung der D-Mark als Zahlungsmittel noch 1990. Innerhalb von zwei Jahren sollen entsprechende Maßnahmen beschlossen werden. Der wesentlichen Bedingungen für eine Marktwirtschaft in der DDR geschaffen werden.

Weiter seien die Unterstützung der BRD für einen Sozialvertrag sowie mehrjährige Programme zur Strukturpassung der DDR-Wirtschaft erforderlich. Hier gehe es nicht nur darum, für die 2,5 bis 4 Millionen Menschen, die dabei zeitweilig ihre Arbeit verlieren können, eine Arbeitslosenversicherung zu schaffen. Jeder Werkstätige müsse die Aussicht haben, eine Arbeit zu erhalten, die ihn ausfülle. Auf westliche Vorwürfe, die Maßnahmen der Regierung zur Wirtschaftsreform seien inkonsequent und halbherzig, reagierte Christa Luft mit dem Hinweis, daß überlebenswichtiges Handeln die Schaffung einer Marktwirtschaft eher unmöglich, denn möglich mache. Das zeigten Erfahrungen in Ost-Europa.

Auf besorgte Anfragen mehrerer Abgeordneter betonte Christa Luft, es gehe um einen sozial verträglichen Weg in die deutsche Einheit. In diesem Zusammenhang nannte die Ministerin Bedingungen, mit denen die DDR in die heute beginnenden Verhandlungen über die Währungs- und Wirtschaftsunion geht. Dazu gehörten die völkerrechtlich verbindliche Erklärung, die DDR nicht einseitig einzuverleiben sowie die hier entstandenen Eigentumsverhältnisse zu akzeptieren.

Kritik äußerten die Volkskammerabgeordneten zum Genehmigungsverfahren für Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung, das bürokratisch und umständlich sei. Stephan Supranowitz, Leiter des Amtes für Rechtsfragen beim Ministerrat, informierte dazu, daß sich bis Ende vergangener Woche 112 Firmen, davon ein Drittel aus der BRD und Berlin (West), im Wirtschaftskomitee haben beraten lassen. Es lägen zwei reguläre Anträge für Joint ventures vor.

Japan: Kein blaues Auge für Liberale



Premierminister Toshiki Kaifu kann lachend das zweite Auge einer Daruma-Puppe bemalen. Dieser traditionelle Akt steht ihm als Sieger zu: Bei den Wahlen zum japanischen Unterhaus schlug seine Partei, die seit 35 Jahren regierende LDP, mit 275 von 512 zu vergebenen Mandaten ihre Konkurrentin, die Sozialistische Partei, überraschend klar aus dem Feld. Immerhin, die SJP verbesserte mit 136 Mandaten ihr Ergebnis von 1986 um 51 Sitze und bleibt damit stärkste Oppositionspartei. Telefoto: ZB/AP

„Sauren Apfel“ abgelehnt

Dem Jugendausschuß der Volkskammer wollte bei der Beratung des Entwurfes zum Wahlgesetz der „saure Apfel“ (Zitat eines Abgeordneten) der Wahlen am 18. März nicht so recht schmecken. Briefwahl sei in der Kürze der Zeit aus technischen Gründen nicht möglich, damit könnten Zehntausende im Ausland tätige DDR-Bürger (in 27 Ländern sind es jeweils mehr als 100) ihr verfassungsmäßiges Recht nicht ausüben.

der politischen Meinungsbildung im Land teilzunehmen, und dabei ist die Teilnahme an der Wahl mit das Wichtigste. Also wird die Jugendfraktion - so insbesondere im Interesse vieler Studenten und vorwiegend junger Arbeiter an der Erdgasstraße - auf der Tagung der Volkskammer am Dienstag und Mittwoch den Antrag stellen, all diesen Bürgern weitestgehend die Wahlentscheidung zu ermöglichen. Die Abgeordneten nahmen auch zur eventuellen Wiedereinführung der Verfassung von 1949 Stellung: Jugendpolitisch sei das ein großer Schritt zurück.

Ausschussvorsitzender Gerd Schulz stellte dazu klar, jeder Staatsbürger hat das Recht, an

DGB will nach Berlin

Hilfe gegen Unternehmertricks

Hamburg (ADN). Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) will in Kürze ein Büro in der DDR-Hauptstadt eröffnen. DGB-Vorstandsvize Ilse Brusis erklärte dazu in einem vorab veröffentlichten Interview der „Bild“-Zeitung (Dienstausgabe), wenn die Währungs- und Wirtschaftsunion komme, müßten beide Gewerkschaften ihre Zusammenarbeit „massiv verstärken bis hin zum Zusammenschluß“. Das schließe „selbstverständlich die Wahl eines gemeinsamen Vorsitzenden ein“. Das könne schon im nächsten oder übernächsten Jahr der Fall sein, meinte Frau Brusis. Den Unternehmern könne das Feld nicht allein überlassen werden, warnte sie. „Die Gefahr wäre dann groß, daß die Unternehmer den DDR-Gewerkschaftern bei Tarifverhandlungen das Fell über die Ohren ziehen.“ Schließlich habe man in der DDR keine Erfahrungen bei Tarifverhandlungen und kenne nicht die Tricks der Unternehmer. Der DGB könne aber allenfalls Hilfestellung leisten, die neuen Strukturen müßten die Gewerkschafter in der DDR selbst schaffen. Brusis fügte hinzu: „Den Satz ‚Wir sind das Volk‘ sollten sich alle dick hinter die Ohren schreiben.“

Akademie vor Problemen bei Forschungsfinanzierung

Berlin (ND-Schmidt). Bei der absehbaren Vereinigung der beiden deutschen Staaten habe die DDR nicht nur Leistungen der Wissenschaft einzubringen, sondern auch das Know-how der engen Kooperationsbeziehungen zur UdSSR und den Staaten Osteuropas. So Ministerpräsident Hans Modrow am Montag nach einem Gespräch mit dem Präsidium der Akademie der Wissenschaften. Wenn die Regierung die Wirtschaftsreform vorantreiben will, so verlange das Zusammenarbeit mit der Wissenschaft. Deshalb seien mit ihr auch die Minister für Wissenschaft, Maschinenbau und Bildung gekommen.

Bundesbank besorgt über Kosten der Einheit

Frankfurt (Main) (ADN). Besorgnis haben bei der Bundesbank der BRD die immensen Kosten der deutschen Einigung hervorgerufen. „Die Ungewissheiten der augenblicklichen politisch-ökonomischen Lage erfordern von der Geldpolitik besondere Wachsamkeit“, heißt es im Monatsbericht Februar. Darin wird auf den stetigen Zinsanstieg am Kapitalmarkt in jüngster Zeit verwiesen. Ursachen seien neben der anhaltenden Gefahr einer konjunkturellen Überhitzung „vor allem die möglichen wachstums-, stabilitäts- und kapitalmarktpolitischen Folgewirkungen der politisch in

Aussicht genommenen Währungs- und Wirtschaftsunion mit der DDR.“

Mit der Ausgabe von Staatsanleihen könnte sich die BRD weit mehr als bisher verschulden, um die Vereinigung mit der DDR zu finanzieren, wird warnend in dem Bericht festgestellt. Dies würde die Zinsen weiter in die Höhe treiben, was wiederum die Kreditaufnahme der Unternehmen erschwert und somit das Wirtschaftswachstum bremst.

Die Bundesbank betont, sie geht davon aus, „daß alle für die Wirtschafts-, Haushalts- und Ein-

kommenspolitik Verantwortlichen im Sinne der Erhaltung der inneren Kaufkraft der Deutschen Mark mit der Bundesbank zusammenwirken.“

In dem Bericht wird angedeutet, daß eine Verringerung der Verteidigungsausgaben wünschenswert wäre. „Unabweisbare neue Ausgaben, z. B. für die DDR“, sollten durch Kürzungen bei anderen Ausgaben finanziert werden - „insbesondere bei solchen, deren Dringlichkeit mit der Öffnung der Grenzen zur DDR und zu anderen osteuropäischen Staaten abgenommen hat“.

In einer neuen Verfassung für ein vereinigtes Deutschland müssen nach den Worten von Ilse Brusis „das Recht auf Arbeit und das Verbot der Aussperrung“ verankert sein. „Dafür werden wir kämpfen, und zwar mit den Mitteln, die einer Gewerkschaftsbewegung zur Verfügung stehen.“ Außerdem sollte per Gesetz die paritätische Mitbestimmung auf alle großen Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten ausgedehnt werden.

Mit Blick auf die bestehenden strukturellen Entscheidungen im Rahmen der Wirtschaftsreform und der stärkeren Einbindung der DDR in die internationale Arbeitsteilung stellen sich neue Fragen für die Wissenschaft. Das fordert nach Ansicht des Ministerpräsidenten auch Konsequenzen für die Hochschulen und das gesamte Bildungswesen. Im Zusammenhang mit einer notwendigen Wissenschaftsreform arbeite die Regierung derzeit noch an einem Konzept der nationalen Forschung. Dabei gehe es keineswegs nur um die Naturwissenschaften, große Aufmerksamkeit gebühre auch Human- und Geisteswissenschaften. Hans Modrow stellte sich hinter Forderungen der Gewerkschaften, bei notwendigen Umprofilierungen von Forschungseinrichtungen Mit-

arbeiter für andere Aufgaben umzuschulen und Wissenschaftler, die woanders eingesetzt werden, entsprechend vorzubereiten.

Angesichts der in vielen Bereichen völlig veralteten Forschungstechnik und der Akademie gekündigten Leistungsverträge für bisher rund 100 Millionen Mark stellte sich für die Wissenschaftler wohl auch die Frage nach der künftigen Finanzierung. Präsident Prof. Dr. Werfer Scheler bekundete das Interesse der Akademie, in Zukunft als öffentliche Einrichtung zu arbeiten. Sie müsse auch weiterhin hauptsächlich aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Dazu wolle sich jedoch der Minister für Wissenschaft und Technik, Prof. Dr. Budig, der die Beratung vorzeitig verlassen mußte, gegenüber den wartenden Journalisten nicht genauer festlegen.

Bedenkt man, daß die Hauptaufgabe der Akademie wieder zunehmend in der Grundlagenforschung liegen soll, bedarf es baldiger Entscheidungen. Richtung und Tempo der Grundlagenforschung resultieren nach Ansicht des Akademiepräsidenten in erster Linie aus der Eigenynamik der Wissenschaftsentwicklung in der Welt. Einbindung in nationale Forschungsprogramme dürfe deshalb nicht wieder zu dirigistischen Eingriffen führen.

Deutschland - ein Bonner Gnadenakt?

Berlin (ND/ADN). Der Prozeß der Vereinigung beider deutscher Staaten und seine Voraussetzungen bleiben weiterhin bestimmende Gesprächsthemen der Politiker in Ost und West.

Nach der Erklärung Hans Modrows vor dem Runden Tisch zu seinem BRD-Besuch bedauere die Bundesregierung, daß der DDR-Ministerpräsident offensichtlich das „weitreichende Angebot einer Wirtschaftsgemeinschaft und Währungsunion nicht voll zu würdigen weiß“, erklärte der stellvertretende Regierungssprecher Dieter Vogel: „Das ist unser Solidaritätsbeitrag, von dem Herr Modrow gesprochen hat.“ Das Beharren auf den 15 Milliarden D-Mark führe dagegen nicht weiter. Es werde auch eine Sozialgemeinschaft in Deutschland geben, wenn die Vorschläge der Bundesregierung angenommen würden, unterstrich der Regierungssprecher.

Der Ton solcher Äußerungen scheint die französische „Wirtschaftszeitung „Les Echos“ zu befremden, die schreibt, daß Kohl sich in „arroganter Art“ über jede Kritik etwa an den Kosten der Sozialmaßnahmen bei der Vereinigung beider deutscher Staaten hinwegsetze. „Außerdem glaubt er“, so die Zeitung, „dadurch wieder Oberwasser bekommen und die Wahlen im Dezember gewinnen zu können. Vor diesem Hintergrund muß man die sogenannten schlechten Manieren eines Mannes verstehen - wenn auch nicht entschuldigen -, der

bei seinen Landsleuten nicht mehr Begeisterung weckt als bei seinen europäischen Kollegen, aber nichtsdestotrotz an der Spitze einer außergewöhnlichen Wirtschaftsmacht steht.“

„Auch das Luxemburger „Tageblatt“ sieht das Verhalten bundesdeutscher Politiker vor dem Hintergrund des bevorstehenden Wahlkampfes in der BRD. Deshalb, so das Blatt, „wird die ‚Zone‘ im Bundestag zunehmend dem Gegenstand wüster parteipolitischer Polemik, während es in der DDR am Runden Tisch sachlich sorgenvoll zugeht.“ Und weiter: „Dabei scheint die konservative Seite zunehmend der Versuchung zu erliegen, dem Wahlvolk jene ollen Kamellen zu vertellen, mit denen bereits Strauß die Wahlen verlor: Freiheit oder Sozialismus“ heißt der Refrain. Sozialdemokraten und Kommunisten werden wieder in einen Topf geworfen. Dabei ist es schon bemerkenswert, wie ungeheuer Kohl in der DDR mit ebenjener Ost-CDU kungelt, die all die 40 Jahre mit der SED unter einer Decke steckte.“

Die „Westfälische Rundschau“ konstatierte: „Die Worte, die Koalitionspolitiker wie Haussmann, Waigel, Teltchick und Späth in diesen Tagen wählen, um Zensuren zu verteilen und ‚Vorschläge‘ zu machen, gründen offenbar in der Annahme, man könne der anderen Seite Bedingungen diktieren. Deutsche Einheit als Bonner Gnadenakt?“

ND-Gespräch mit dem Sozial- und Persönlichkeitspsychologen Dr. Ralf-Henning Lampe

An der Telefonistin kann es unter Umständen scheitern...

● Herr Dr. Lampe, fangen wir mal ganz einfach an. Telefoniert man mit einem westlichen Unternehmen, hat man oft den Eindruck, die Telefonistin ist eine äußerst lebenswürdige Dame. Wir vermuten, sie ist bei den in diesen Breiten üblichen Gewohnheiten psychologisch auf ihr nervenstrapazierendes Amt vorbereitet.

Die Telefonistin ist ja nicht nur die, erlauben Sie, phonetische Visitenkarte des Betriebes. Sie ist wichtige Schaltstelle eines komplexen Systems und trägt mehr oder weniger hohe Mitverantwortung. Vermag sie es nicht und verhält sich obendrein noch unverschämte, kann sie Schaden anrichten. Deswegen rüstet man sie in psychologischen Aufbaukursen. Sie soll auch unter komplizierten Bedingungen noch locker wirken. Die von Ihnen wahrgenommene Freundlichkeit ist nur ein Aspekt ihrer geschulten Verhaltens.

● Hieß das, eine unfreundliche, unwirksame Telefonistin widerspiegelt ein psychologisches Defizit?

Sicher, aber eben nicht nur. Der Ausgangspunkt für Unfreundlichkeit kann sowohl an der Telefonanlage, die vielleicht noch aus der nachrichtlichen Manufakturperiode stammt, am Büroapparat oder an Büromuffeln liegen. Wir hier, die wir uns nicht nur mit Persönlichkeitspsychologie, sondern ganz allgemein mit Manage-

mentschulung beschäftigen, sind bemüht, bei unseren Trainingsprogrammen Komplexität zu beachten.

● Retrospektivisch gefragt; die Psychologie ist doch bisher in der DDR mehr oder weniger ein Stiefkind gewesen.

Ich will nicht die vielfältigen politisch-ideologischen Widerstände auflisten, die gegen Psychologen ins Feld geführt wurden. Im Bereich der Wirtschaft etwa erschienen wir vielen sogenannten Industriekapitänen nicht als eine unmittelbare Hilfe bzw. Produktivkraft, wie etwa gewinnversprechende Schlüsseltechnologien. Es wurde zwar immer wieder verkündet, daß der Mensch im Mittelpunkt steht - aber eigentlich stand er im Wege. Arbeitspsychologie war zwar den Betriebsleitern noch einleuchtend. Aber wir Sozial- und Persönlichkeitspsychologen standen ganz am Rande...

● Was ist der Sinn Ihrer Arbeit?

Wir beschäftigen uns einfach gesagt mit psychologischem Training. Wir verhelfen unseren „Schülern“ zu freier Handlungsfähigkeit. Das heißt, wir motivieren sie in unseren Trainingsrunden für autonome Verhaltensweisen. Wir versuchen, ihnen Rüstzeug zur Bewältigung von Widersprüchen, Krisen, Stresssituationen usw. zu geben. Sie sollen auch ihre Gegenspieler klar er-

kennen, sicher beurteilen und sich natürlich im Team kooperativ verhalten können - siehe das Beispiel Telefonistin.

● Können Sie da noch ein anderes Beispiel beschreiben?

Nehmen wir mal einen Außenhändler, der sich cleveren, harten Geschäftspartnern im Westen zu stellen hat. Nachdem wir seine persönlichen Probleme, Ängste usw. bloßgelegt haben, üben wir ihn in Verhandlungstaktik, flexibles Vorgehen. Wir formen seine Persönlichkeit, setzen uns für kultivierte Umgangsformen ein, trainieren strategische und taktische Zielstrebigkeit.

● Wären Sie nicht auch ein Partner für politische Kreise?

Wir sind es gelegentlich.

● Jetzt auch im Wandlungsprozeß?

Nehmen wir das Beispiel aggressives Verhalten von politischen Minderheiten. Wir haben ja gerade hier in Leipzig schon seit Jahren Aggressionsforschung betrieben, und so konnten wir unseren Rat bei den sogenannten Montagsdemonstrationen einbringen. Es ging uns dabei nicht um die Manipulation einer politischen Idee, sondern um die Art und Weise, wie mit den Teilnehmern kommuniziert werden kann. Wir haben es mit Ausnahme der Herren der Kirche zu meist mit psychologischen Laien zu tun, die uns um Rat fragen.

Insgesamt aber möchte ich sagen, daß gerade im politischen Raum die Psychologen immer noch nicht besonders gefragt sind...

● ... und in der Industrie?

Der Wille ist zwar erkennbar, aber der Durchbruch keineswegs. Kürzlich habe ich auf einem internationalen Kongreß in München unsere Möglichkeiten beschrieben. Die allgemeine Reaktion darauf war bemerkenswert. Hoffentlich kommt die Anerkennung auch bald in der DDR. Soeben haben wir an der Leipziger Universität ein Interventions- und Beratungszentrum eingerichtet. Wir stehen zur Verfügung, für alle, die sich jetzt umrüsten wollen.

● Nehmen Sie uns bitte nicht übel, daß wir zum Abschluß noch einmal auf die Telefonistin zurückkommen möchten...

Nun, wir können auch über Verkäuferinnen sprechen. In großen westlichen Kaufhäusern sind sie fast alle in Verkaufspsychologie gebildet...

● Entschuldigung. Wir wollten ja nur fragen, wenn wir bei Ihnen in Leipzig anrufen, können wir dann mit telefonistischer Vollendung rechnen?

Es ist schlimmer, als Sie denken. Wir nehmen im Moment noch selbst den Hörer ab.

Gesprächsführung: DIETER WOLF

UMSCHAU

Vorerst letzte Demo in Halle

Halle (ND-Jäger). Nach dem Willen der im Hallenser Reformhaus vereinten Parteien und Gruppierungen, die die bisherigen Montagsdemonstrationen organisiert hatten, sollte die Kundgebung mit über 5000 Teilnehmern vorerst die letzte sein. Mit Blick auf die Wahl seien verschiedene Positionen deutlich geworden. Deshalb solle man nicht mehr demonstrieren.

PDS-Mitgliedskarten für die Genossen

Berlin (ND). In diesen Tagen erhalten die Vorstände der Basisorganisationen der PDS die neuen Mitgliedskarten für die Genossen. Wer bereit und willens ist, Mitglied der Partei des Demokratischen Sozialismus zu sein, läßt sich in die Mitgliederliste eintragen und erhält seine ausgefüllte Mitgliedskarte.

Stadtgericht Berlin: Junker bleibt in Haft

Berlin (ADN). Zum Offenen Brief von Bärbel Bohley und Katja Havemann an Gregor Gysi im ND vom Montag zur Inhaftierung von Wolfgang Junker hat das Stadtgericht Berlin Stellung genommen. Es wird betont, daß der zweite Strafsenat des Stadtgerichts die Notwendigkeit der Inhaftierung geprüft und durch Beschluß vom 1. Februar 1990 die gegen die Inhaftierung gerichtete Beschwerde als unbegründet abgewiesen hat. Im Beschluß war festgestellt worden, daß

die Schwere der erhobenen Beschuldigungen die Fortdauer der Inhaftierung unumgänglich macht und dem auch der Gesundheitszustand des Beschuldigten entsprechend der ärztlichen Stellungnahme nicht entgegensteht.

Belgien zielt auf Marktnischen in DDR

Brüssel (ADN). Im Ergebnis eines Gesprächs von DDR-Minister Kurt Singhuber mit dem Präsidenten der Societe Generale de Belgique, am Montag in Brüssel wurde vereinbart, Expertengruppen zu bilden, um ein exaktes Bild über die Möglichkeiten belgischer Unternehmen bei der Kooperation in der Schwerindustrie zu erhalten. Der Präsident der größten belgischen Industrie-Holdinggesellschaft und frühere EG-Kommissar brachte das Interesse zahlreicher belgischer Firmen zum Ausdruck, mit Blick auf den im Entstehen begriffenen EG-Binnenmarkt Marktnischen in der DDR rechtzeitig zu besetzen.

Kein Nachfolger der Nationalen Front

Berlin (ND). Die nationale Bürgerbewegung stelle keine Fortsetzung der bisherigen Nationalen Front dar, betont der Pressesprecher der Bewegung, Karl Hennig, in einer am Montag ND übergebenen Erklärung. Die mehr als 1400 Bürgerkomitees, die sich bisher gebildet haben, seien basisdemokratisch legitimierte Neugründungen und als nationale Bürgerbewegung am 1. Februar 1990 beim Ministerium für Innere Angelegenheiten registriert worden.

International

SEW-Sonderparteitag wird fortgesetzt

Westberlin (ND-Annas). Der Geschäftsführende Ausschuß der SEW, der vom Sonderparteitag am Sonntag gewählt worden war, bereitet die schnellstmögliche Fortsetzung des Parteitages vor und vertritt bis dahin die Partei juristisch. Das wurde am Montag auf einer Pressekonferenz mitgeteilt. Es geht dann vor allem um eine generelle Erneuerung der Partei in programmatischer, politischer und organisatorischer Hinsicht.

Exregierungschefs für sichere Grenzen

Bonn (ADN). Für gesicherte Grenzen und ein stabiles Kräftegleichgewicht in Europa haben sich ehemalige Regierungschefs und führende Politiker westeuropäischer Staaten zum Gegenstand wüster parteipolitischer Polemik, während es in der DDR am Runden Tisch sachlich sorgenvoll zugeht.“ Und weiter: „Dabei scheint die konservative Seite zunehmend der Versuchung zu erliegen, dem Wahlvolk jene ollen Kamellen zu vertellen, mit denen bereits Strauß die Wahlen verlor: Freiheit oder Sozialismus“ heißt der Refrain. Sozialdemokraten und Kommunisten werden wieder in einen Topf geworfen. Dabei ist es schon bemerkenswert, wie ungeheuer Kohl in der DDR mit ebenjener Ost-CDU kungelt, die all die 40 Jahre mit der SED unter einer Decke steckte.“

BRD-Eigentümer mit „Fingerspitzengefühl“?

Bonn (ADN). Der Haus- und Grundeigentümerverband der BRD hat seine Forderung erneuert, de facto oder de jure erfolgte Enteignungen in der DDR rückgängig zu machen. Privateigentum in der DDR müsse in der Verfassung gewährleistet und Privateigentümern müsse Verfügungs-freiheit über Grund und Boden gewährt werden, sagte der Präsident des Zentralverbandes der deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Theodor Paul, am Montag in Bonn. Im Kataster der DDR stünden noch die früheren Eigentümer von enteignetem Besitz. Dadurch werde es erleichtert, Ansprüche geltend zu machen. Paul gab den BRD-Eigentümern von Grundstücken oder Häusern in der DDR den Rat, in dieser Frage „mit einem Höchstmaß an Fingerspitzengefühl“ vorzugehen. Der Verband schätzt, daß 500 000 Bürger der BRD Eigentum in der DDR haben.

Vertriebenenverbände lehnen Verzicht ab

Bonn (ADN). Gegen die Anerkennung der polnischen Westgrenze im Zuge einer Vereinigung beider deutscher Staaten sind die Vertriebenenverbände in der BRD aufgetreten. Die Entscheidung über Deutschlands Ostgrenze bleibe einem frei auszuhandelnden Friedensvertrag auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts vorbehalten, heißt es in einer am Montag in Bonn veröffentlichten Entschliebung der Landsmannschaft der Schlesier.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, CDU-Bundestagsabgeordneter Herbert Czaja, äußerte, gegen totale

Verzichtspolitik könne man nur entschledene Revisionspolitik setzen.

Forderung im Saarland: Aufnahmefür Übersiedler schließen

Saarbrücken (ADN) Die Schließung der Aufnahmefür Übersiedler aus der DDR ist nach Ansicht des saarländischen Sozialministeriums dringend erforderlich. Wie Staatssekretär Hans Peter Weber am Montag im Saarländischen Rundfunk erklärte, müßten die Aufnahmefür geschlossen werden, „damit es nicht erneut einen Anreiz gibt, zu uns in die Bundesrepublik zu kommen“. In der DDR werde niemand mehr politisch verfolgt.

Treffen Angola-Kuba zum Truppenabzug

Luanda (ADN). Angola und Kuba haben am Montag in Luanda Gespräche über die Durchsetzung der New-Yorker Abkommen zur Befriedung des Südwestens Afrikas begonnen. Erörtert wird die Möglichkeit der Wiederaufnahme des bilateralen zwischen Angola- und Kuba vereinbarten Abzugs der kubanischen Truppen von angolaischem Territorium. Die Rückführung der Militärverbände war vor einigen Wochen von beiden Regierungen zeitweilig suspendiert worden, nachdem die UNITA zweimal kubanische Stellungen angegriffen und mehrere Soldaten getötet hatte.

Vier Erschossene bei Demo im Katmandu

Katmandu (ADN). Nepalesische Polizei ist am Montag erneut mit Waffengewalt gegen Anhänger der Demokratiebewegung des Landes vorgegangen. Dabei wurden in der Tempelstadt Bhakatpur im Katmandu vier Menschen getötet und weitere 16 zum Teil schwer verletzt. Die Demonstration war Teil einer am Sonntag begonnenen landesweiten Kampagne für ein Mehrparteiensystem.

Kontakt zu Giotto

Paris (ADN). Experten der Europäischen Weltraumorganisation ESA ist es am Montag gelungen, mit der Sonde Giotto wieder Kontakt aufzunehmen. Die etwa 100 Millionen Kilometer von der Erde entfernte europäische Weltraumsonde hatte vor fast vier Jahren während des Vorflugs am Kometen Halley insgesamt 3500 aufsehenerregende Fotos zur Erde gefunkt.

Eher vorsichtiger

Washington (ADN). Die USA-Bürger sind sexuell weniger aktiv, als in den Medien dargestellt. Auf einer Fachtagung in New Orleans wurden die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung veröffentlicht. Demnach finden sich die erwachsenen Normalamerikaner einmal pro Woche zum Liebespiel zusammen. Jeder fünfte Befragte gab an, im vergangenen Jahr völlig enthalten gewesen zu sein. Das zeige, „daß das Sexualverhalten der Amerikaner vorsichtiger und traditioneller ist als der freizügige Eindruck, der uns von den populären Medien und der Publizistik vermittelt wird“, meint Tom Smith von der untersuchenden Universität von Chicago.

GLOSSIERT

Blätter aus der Börse

Nun haben wir auch das neueste Beispiel unternehmerischer Kreativität schwarz auf weiß in unserem Lande: Die Vaterschaftsbekundung für noch nicht geborene Zeitungskinder als da wären „Rostocker Kurier“, „Mecklenburger Nachrichten“, „Magdeburger Neue Presse“, „Kurier Karl-Marx-Stadt“ und gleich dahinter „Chemnitz Morgenpost“ und so weiter in Varianten für alle Bezirke der DDR. „Für Mandanten nehmen wir Titelschutz in Anspruch für folgende Titel...“ lassen Rechtsanwaltsbüros aus Hamburg vermelden, und es folgen nicht weniger als 63 Zeitungskünftiger hierzulande stehen könnten. Ein solches Angebot - übrigens nachzulesen in der Beilage zum Börsenblatt vom 13. 2. 1990 in der DDR - bringt einen doch glatt auf den Gedanken, den Titelreaktionen vor, anderswo eigene an die Seite zu stellen. Wie wir's zum Beispiel mit „Der Beuteger“ - das Magazin für Reuteger aller Art, denkbar wäre auch „Der neue Mächteger“.

- HAGESCH